

Max Webers Ordnungen und ihr Zerfall

Entwicklungstendenzen politischer Gemeinschaften im
Angesicht ökologischer Krisen

Carsten Kaven

Keywords: Ex-ante-Analyse, politische Ordnung, ökologische Krisen, Max Weber

DOI: <https://doi.org/10.63370/zfz.v13i1.48>

Version 0.1 © Zeitschrift für Zukunftsforschung

Zusammenfassung

Werden ökologische Krisen das legitimatorische Fundament politischer Ordnungen untergraben? Falls ja, wie kann man sich derartige (Zerfalls-) Prozesse vorstellen? Max Weber hat mit seiner Herrschaftssoziologie, seinem Konzept politischer Gemeinschaften und seinem Konzept sozialer Ordnung einen Rahmen geschaffen, der für diese Frage fruchtbar gemacht werden soll. Inwiefern taugen Konzepte der Legitimitätsgeltung, der physischen Gewalttätigkeit und der territorialen Kontrolle, um künftige Entwicklungen abzuschätzen, wenn soziale Ordnungen durch ökologische Krisen unter Stress geraten? Für Ex-post-Analysen konstruierte Idealtypen sollen damit für Ex-ante-Analysen genutzt werden.

Abstract (english)

Will ecological crises undermine the legitimising foundations of political orders? If so, how can such (disintegration) processes be imagined? With his sociology of domination, his concept of political communities and his concept of social order, Max Weber has created a framework that should be made fruitful for this question. To what extent are concepts of legitimacy, physical violence and territorial control suitable for assessing future developments when social orders come under stress due to ecological crises? Ideal types constructed for ex-post analyses should thus be used for ex-ante analyses.

1 Die Frage und der Gang der Argumentation

In den letzten Jahren ist vermehrt die Ansicht geäußert worden, dass das Erreichen des 1,5°C-Zieles aus dem Pariser Klimaabkommen unrealistisch ist. (Ripple et al., 2024) Aus diesem Postulat folgt ein Perspektivwechsel. Auf praktischer Ebene stehen nicht mehr Maßnahmen im Vordergrund, die zum Erreichen des Ziels beitragen, sondern Maßnahmen, welche die Resilienz von Ländern, Regionen und Städten erhöhen sollen. Auf eher theoretischer Ebene stehen nicht mehr „nur“ Pfade einer sozial-ökologischen Transformation im Fokus, sondern auch Prozesse des Zusammenbruchs. Mittlerweile hat sich sogar ein eigener Zweig der „Kollapsologie“ herausgebildet.¹ (Servigne & Stevens 2020)

Zerfallsprozesse im Zuge ökologischer Krisen haben sicher etwas Spektakuläres. Bilder von Waldbränden und Hagelschäden im Sommer haben größere Chancen, in die Nachrichten zu kommen, als Berichte über Transition-Town-Initiativen oder einen renaturierten Flusslauf. Massive Krisen mögen dann zu massiven gesellschaftlichen Wirkungen führen; vom Krieg um Wasserressourcen, über Umsiedlungen aus unbewohnbar gewordenen Gebieten bis zu hohen Todesraten durch Krankheit und Unterernährung. Die Frage nach der Ordnungsbildung hat eine lange Tradition in der Soziologie, wohingegen Prozesse des Zerfalls und der Rückentwicklung eher am Rande beleuchtet wurden. Die folgenden Überlegungen stehen im Zusammenhang letzterer Diskussionen, jedoch nicht in einem alarmistischen Sinne. Es geht nicht um ein ‚so wird es kommen‘, sondern um ein ‚darauf sollte man schauen‘.

Ökologische Krisen haben indirekte Auswirkungen auf betroffene Gesellschaften: Es sind deren physische Infrastrukturen und Institutionen, die maßgeblich bestimmen, ob aus einer Krise eine Katastrophe wird. (Hoyer et al. 2023) Wie genau eine gesellschaftliche Reaktion auf ökologische Krisen ausfällt, hängt von vielen Faktoren ab, etwa der politischen Kultur eines betroffenen Landes, der Stabilität des parlamentarischen Systems, einer Kultur der Konfliktbewältigung, eines Wissens über den Umgang mit Krisen. Kurz: *„Disasters occur when hazards meet vulnerability.“* (Raju et al. 2022) Es bedarf folglich eines spezifischen Blicks, will man mögliche

¹ In einer breit angelegten empirischen Studie zum Thema Staatszerfall tauchen ökologische Krisen allerdings weder als Kausal- noch als Risikofaktoren von Zerfallsprozessen auf (vgl. Lambach et al. 2016).

Entwicklungstendenzen politischer Ordnungen im Kontext ökologischer Krisen beurteilen.

An diesem Punkt möchte ich ansetzen und schauen was sich ergibt, wenn man Max Webers Konzepte sozialer Ordnung, der Herrschaft und politischer Gemeinschaften zu diesem Zweck heranzieht. Kann man diese Konzepte verwenden, um Prozesse abzuschätzen, die im Zusammenhang aktueller und künftiger ökologischer Krisen stehen? Weber hat seine materialen, empirischen Werke vor dem Hintergrund universalhistorischer Prozesse wie Rationalisierung, Bürokratisierung und einer ‚Entzauberung der Welt‘ verfasst. Es stellt sich die Frage, ob ökologische Krisen das Potential bergen, diese Prozesse zum Stillstand zu bringen oder gar umzukehren. Dies ist allerdings nicht das Abstraktionsniveau, auf das ich im Folgenden abhebe. Einige von Webers Konzepten sollen fruchtbar gemacht werden, um abzuschätzen was es für den Legitimitätsglauben an politische Ordnungen bedeutet, wenn Lebenswelten ihre Stabilität verlieren.

Eine Reihe von Autoren hat im Sinne einer Ex-ante-Betrachtung gefragt, welche gesellschaftlichen Wirkungen ökologische Krisen haben werden. In den entsprechenden Büchern² wird meist mit Szenarien gearbeitet und geprüft, welche möglichen künftigen Ereignisse für ein Land oder eine Region plausibel gemacht werden können, wenn bestimmte Trends etwa des Klimawandels fortgeschrieben werden. Davon gilt es sich zu distanzieren. Diese einschlägigen Szenarien scheinen eher illustrativen Charakter zu haben. (Was für die Schaffung von Orientierungswissen im Angesicht grundlegender Krisen durchaus legitim ist.) *Theoretisch* interessanter ist es, ein bekanntes Instrumentarium so zu drehen, dass ein Blick in die nahe Zukunft in einer ganz bestimmten Richtung geworfen werden kann.

Der Blick in die Zukunft soll damit auf eine sehr eigene Weise erfolgen. In einem ersten Schritt werden Merkmale ökologischer Krisen benannt, die einen einigermaßen erwartbaren Rahmen der Betrachtungen abgeben. Anschließend wird geprüft, inwieweit Webers Methodologie es erlaubt, nicht nur auf Vergangenheit und Gegenwart zu blicken, sondern auch in die Zukunft. Nach diesen Vorüberlegungen werden dann die drei Konzepte sozialer Ordnung, der Herrschaft und der politischen Gemeinschaften erläutert und in Ex-Ante-Überlegungen abgeschätzt, welche

² Beispielhaft: Dyer, G. (2010): *Climate Wars*; Gerstengarbe, F.-W. / Welzer, H. (Hg.) (2013): *Zwei Grad mehr in Deutschland*; Reimer, N. / Staud, T. (2021): *Deutschland 2050*; Welzer, H. (2014): *Klimakriege*; Zukunftsforum öffentliche Sicherheit (Hg.) (2020): *Grünbuch 2020 zur Öffentlichen Sicherheit*.

möglichen Prozesse zu erwarten sind, wenn politische Ordnungen im Zuge ökologischer Krisen unter Stress geraten.

2 Ökologische Krisen als Rahmen

Krisen begegnen uns in vielfältiger Art, etwa in Form von Wirtschaftskrisen, globale Hungerkrisen und Krisen des Bildungssystems. Ökologische Krisen verfügen über das Potential, Gesellschaften in ihren grundlegenden Strukturen herauszufordern, wenn deren natürliche Lebensgrundlagen erodieren. Eine aktuelle Übersicht über Gestalt, Ursachen und Handlungsmöglichkeiten mit Blick auf globale ökologische Krisen findet sich exemplarisch im UN-Bericht ‚Inteconnected Disaster Risks‘. (United Nations University, 2023) Hier werden sechs ‚Risk Tipping Points‘³ analysiert: *accelerating extinctions, groundwater depletions, mountain glaciers melting, space debris, unbearable heat, uninsurable future*. Der Bericht hebt besonders die wechselseitigen Verbindungen und Abhängigkeiten aller Kipp-Punkte hervor und betont die daraus resultierende Wahrscheinlichkeit für sich selbst verstärkende Prozesse und Kaskadeneffekte.

In welchem Sinne ist ein Blick in die (nahe) Zukunft sinnvoll, geht man von dieser Krisen-Analyse aus? Mir scheint der Ansatz fruchtbar, zunächst auf zwei Entwicklungen zu schauen, deren Richtung einigermaßen klar umrissen ist: Erstens die Wirkungen des anthropogenen Klimawandels unter der Annahme, dass das 1,5°-Ziel nicht mehr erreicht werden kann. Dies scheint mittlerweile Konsens zu sein. Zweitens wird die Lage des Earth overshoot day, des Welterschöpfungstags, betrachtet. Die Eigenart dieser Trends liegt darin, dass ihnen eine gewisse Trägheit innewohnt, d.h. es ist nicht damit zu rechnen, dass gegenwärtiges Handeln eine schnelle und radikale Richtungsänderung bewirken kann.

Der Klimawandel ist sicherlich der prominenteste Vertreter ökologischer Krisen. Er ist keine Zukunftsmusik, sondern bereits ein Problem der Gegenwart. Die Zunahme der Häufigkeit von Starkregenereignissen und Dürren oder die Verschiebung von Vegetationszonen sind bereits heute auch hierzulande spürbar. Seit 1992 machen die

³ Zum Begriff der tipping points bzw. Kipp-Punkte: „Ein Kippunkt ist der Punkt, an dem die weitere Entwicklung in einen grundlegend anderen Zustand zum unaufhaltsamen Selbstläufer wird, angetrieben durch selbstverstärkende Rückkopplungseffekte.“ (Rahmsdorf 2022, 21)

IPCC-Berichte den Zusammenhang zwischen Treibhausgasemissionen und der Erhöhung der globalen Mitteltemperatur transparent. Der letzte Bericht von 2021 zeigt beispielsweise einen linearen Zusammenhang zwischen kumulierten CO₂-Emissionen und der Erhöhung der globalen Oberflächentemperatur. (IPCC 2021, 28)

Auf Klimakonferenzen formulierte Ziele wie die Begrenzung der Erderwärmung auf 1,5° oder 2°C beziehen sich jeweils auf ein weltweites Mittel. Dabei sind zum einen große regionale Unterschiede zu berücksichtigen, aber auch die Tatsache, dass Meeresflächen sich langsamer erwärmen als Landflächen. Bei einem Blick auf Mitteleuropa bedeutet das etwa, dass bei einer globalen Begrenzung auf 2°C nichtsdestotrotz mit einer lokalen Erhöhung der mittleren Temperatur auf etwa 4°C zu rechnen wäre. (Rahmsdorf 2022, 2) Ein weiterer zentraler Aspekt dieser Krise liegt in der Tatsache, dass die Wirkungen des Treibhauseffektes sich nicht linear berechnen lassen, sondern maßgeblich durch Kipppunkte bestimmt sein werden. Diese Kipppunkte werden beim Überschreiten bestimmter Belastungsgrenzen erreicht; positive Feedbacks machen den Abbruch dann einsetzender Prozesse unmöglich. Dies betrifft beispielsweise das Abtauen des arktischen Meereises, das Verschwinden des Amazonas-Regenwaldes und das Tauen von Permafrostböden.

Die Wirkungen zeigen sich auf verschiedenen Feldern. Extremhitze und Hitzewellen führen zu einem Überschreiten menschlicher Belastungsgrenzen. Die Zunahme von Extremniederschlägen und Dürren ist für Deutschland schon jetzt statistisch belegbar. Anders als die Temperatur steigt die Wahrscheinlichkeit von Extremwetterereignissen nicht linear mit dem CO₂-Gehalt, sondern stärker. Bei einer Erwärmung um drei Grad wird der Meeresspiegel dauerhaft steigen, etwa um einen Meter pro Jahrhundert, mit entsprechenden Wirkungen auf Küstenlinien und am Meer gelegene Städte und Hafenanlagen. (Rahmsdorf 2022, 6)

Als zweiten Trend, um erwartbare ökologische Krisen zu umreißen, sei die Heuristik des ‚Earth Overshoot Days‘ bzw. des Erdüberlastungstages erwähnt. (Global Footprint Network 2024) Der Earth Overshoot Day bezeichnet den Tag im Jahr, an dem die verbrauchten natürlichen Ressourcen die Regenerationsfähigkeit der Erde überschritten haben. Der Erdüberlastungstag ist also der Tag im Jahr, ab dem vom (ökologischen) Kapital gelebt wird. Der Tag wird ab dem Jahr 1970 berechnet und zeigt eine durchgehende Tendenz, immer früher im Jahr zu liegen. Der erste Wert für das Jahr 1970 lag Ende Dezember, d.h. hier konnte knapp von einer Überlastung gesprochen werden. Für 1980 lag der Wert im November, 1990 im Oktober, 2000 im September, 2010 im August. 2020 hat sich der Tag dann wieder nach hinten

verschoben, was aber mit dem Sonderfall der Corona-Pandemie zu erklären ist. Grob gesprochen hat sich der Erdüberlastungstag damit pro Jahrzehnt um einen Monat nach vorne verschoben. Schreibt man diese Reihe linear fort, wäre ab 2090 der Punkt erreicht, an dem zu Anfang eines Jahres kein Bestand mehr an natürlichen Ressourcen vorhanden wäre. Ein solcher Blick ist sicherlich zu weit gegriffen, da nicht ausgemacht ist, ob sich der Tag nicht doch wieder einmal nach hinten verschiebt. (Unfreiwillig, wie durch eine Pandemie oder freiwillig durch gesellschaftlichen Wandel. Oder: *by design or by disaster*.) Allerdings scheint die Fortführung der Reihe in die nähere Zukunft durchaus legitim, da die Variante „by design“ bzw. durch gesellschaftlichen Wandel mit einer großen Trägheit behaftet ist.⁴ Auf Basis der bisherigen Reihe kann man also davon ausgehen, dass aufgrund des Missverhältnisses zwischen ökologischem Fußabdruck und Regenerationsfähigkeit von Ökosystemen in der nahen Zukunft ökologische Krisen wahrscheinlicher und auch schwerer werden.

Die folgenden Überlegungen zu erwartbaren Verläufen angesichts ökologischer Krisen stützen sich nicht auf die Prämisse, dass diese Art von Krisen bestimmte Arten von Verläufen provozieren. (Dies festzustellen wäre eine eigene Untersuchung.) Ökologische Krisen sind als Ausgangspunkt gewählt, weil – erstens – wir uns bereits mittendrin befinden und sie – zweitens – immer mehr ihr Potential entfalten werden, Gesellschaften in ihren Basisinstitutionen herauszufordern.

3 Idealtypen und Konstellationen

Mit einem Blick auf Max Webers kategorialen Apparat: Welche Prozesse für einen spezifischen gesellschaftlichen Bereich (politische Ordnungen) sind unter spezifischen Bedingungen (ökologische Krisen) zu erwarten? Womit ist zu rechnen, wenn bestimmte Bedingungen sozialer Ordnung nicht mehr gegeben sind? Diese Art zu fragen erscheint durchaus legitim, wenn auch – mit Blick auf Weber – nicht üblich; so konstatiert Andreas Anter: „*Gelegentlich beobachtet Weber auch Prozesse, die in die umgekehrte Richtung weisen, Prozesse der Dezentralisierung, mißt ihnen jedoch keine ausschlaggebende Bedeutung bei.*“ (Anter 2001, 125) Ist es dennoch das Ziel in dieser Richtung zu beobachten, setzt dies den Spagat zwischen der

⁴ Die Chancen auf eine „Große Transformation“ wurden an anderer Stelle untersucht (s. Kaven 2022).

Anwendung altbekannter Konzepte und dem notwendigen Gespür für Orte und Situationen, wo etwas Neues erforderlich ist, voraus. Das Vorgehen kann folglich nicht den Sinn haben, deterministische Prozesse auszumachen, sondern Mittel bereitzustellen, die Hinweise geben, wonach im Themenfeld ‚gesellschaftliche Wirkungen ökologischer Krisen‘ überhaupt zu suchen ist. Oder in Anlehnung an Immanuel Kant: Wenn Anschauung ohne Begriffe blind ist, sollte der Anschauung durch passende Konzepte eine Sehhilfe gegeben werden.⁵

Die Beschäftigung mit einem Klassiker hat dabei mindestens zwei Seiten. Zum einen werden Begriffskonstruktionen, theoretische Vorlieben und (damalige) Diskurse erkennbar, also die Theorien und ihre Kontexte. Auf der anderen Seite zeigt sich die soziale Wirklichkeit und das historische Geschehen durch die Brille des jeweiligen Klassikers. Diese grundlegende Unterscheidung ist auch bei der Lektüre Weberscher Schriften zu Herrschaft und politischen Gemeinschaften zu beachten. Dass Herrschaftsbeziehungen persönlich oder unpersönlich sein können, ist zunächst ein idealtypisches Konstrukt. Man lernt erst etwas über soziale Wirklichkeit oder das historische Geschehen, wenn die entsprechenden Typenbegriffe als Vergleichsmaßstab für das empirische Material eingesetzt werden.

In der Soziologie Max Webers sind hier drei Bereiche von besonderer Bedeutung: Zunächst ist der in den ‚Soziologischen Grundbegriffen‘ niedergelegte Ansatz der sozialen Ordnung grundlegend. (Weber 1980, 16) Diese ist es schließlich, von der zu vermuten ist, dass sie im Zuge ökologischer Krisen unter Druck gerät. Weiterhin liegt die Herrschaftssoziologie nahe, welche den Legitimitätsglauben und seine Geltung ins Zentrum spezifischer Ordnungsbildungen rückt. Die Beschaffenheit dieses Legitimitätsglaubens ist dort das entscheidende Merkmal für die Typologie von Herrschaft. Darüber hinaus finden sich allgemeinere Betrachtungen über politische Gemeinschaften und ihre Entwicklungen. (Weber 1980, 514) So skizziert Weber den Prozess von einem amorphen Zustand hin zu einer politischen Gemeinschaft, in der das Monopol physischer Gewaltsamkeit innerhalb eines Gebiets mittels eines Verwaltungsstabes auf Dauer gestellt ist. Im Zusammenhang der o.a. Frage bietet es sich an, diesen Prozess umzudrehen; d.h. zu prüfen, über welches Potential Webers Konzept verfügt, Übergänge von einem gefestigten Zustand politischer Herrschaft hin zu einem mehr amorphen Zustand greifbar zu machen.

⁵ Im Original: „Gedanken ohne Inhalt sind leer, Anschauungen ohne Begriffe sind blind.“ (Kant 1998, 130)

Bei diesem Vorgehen steht nicht eine Exegese der Weberschen Schriften im Vordergrund. Vielmehr gilt es, einige seiner Kategorien für ein aktuelles Thema fruchtbar zu machen, da seine Herrschaftssoziologie und sein Konzept politischer Gemeinschaften auf dem Feld politischer Soziologie bis heute maßgebend sind.

Nun hat Weber seine Begriffe als Idealtypen verstanden. (Weber 1988a, 190ff.) Idealtypische Begriffe zu verwenden, um künftige Entwicklungen abzuschätzen, ist zunächst nicht unproblematisch. Sind Idealtypen nicht immer dem vergangenen Geschehen entnommen und darauf zu beziehen? Das Abschätzen künftiger Entwicklungen läuft hingegen auf eine Sicht der nahen Zukunft in Form von Prozessen und Szenarien hinaus. Idealtypen wie rationale Herrschaft oder Nation als politische Gemeinschaft sind zunächst als Typen sozialer Beziehungen konstruiert. Sie können eine Tendenz beinhalten, wie die Veralltäglichung charismatischer Herrschaft, müssen dies aber nicht. Von daher ist eine Bestimmung dessen notwendig, was genau von einer Verwendung idealtypischer Begriffe in unserem Zusammenhang zu erwarten ist.

Allerdings erlaubt Webers Methodologie durchaus einen Ex-ante-Blick. Ein wichtiger Beleg findet sich im Objektivitätsaufsatz, in welchem Weber die „Erkenntnis der Wirklichkeit“ behandelt. Eine solche sei in vier Schritten möglich: (1) durch das Herausarbeiten von Gesetzen und grundlegenden Faktoren als Grundbausteinen sozialen Lebens; (2) durch die Analyse der historisch-spezifischen Konstellationen solcher Faktoren; (3) durch die Rückverfolgung gegenwärtiger Konstellationen auf vergangene Konstellationen und damit deren historische Erklärung; (4) durch „die Abschätzung möglicher Zukunftskonstellationen“. (Weber 1988a, 175) Die Schritte eins bis drei bilden die kausale Erklärung eines Historischen Individuums, die andere Seite der Methodologie Webers, neben der idealtypischen Begriffsbildung. Der vierte Schritt bezeichnet die Stelle in Webers Methodologie, die im Folgenden relevant ist.

Schließlich könnte man noch ein bekanntes Diktum aus den „Kritischen Studien auf dem Gebiet der kulturwissenschaftlichen Logik“ abwandeln: „Um die wirklichen Kausalzusammenhänge zu durchschauen, konstruieren wir unwirkliche.“ (Weber, 1988a, 287) Daraus wird: um künftige mögliche Entwicklungen abzuschätzen, greifen wir auf Konzepte zurück, die den Blick auf bestimmte Faktoren und Tendenzen richten. Auf diese Weise ist es also möglich, ursprünglich für Ex-post-Analysen konstruierte Idealtypen auch für Ex-ante-Betrachtungen zu verwenden. Die „geschulte Phantasie“ wird ergänzt durch „geschulte Spekulation“.

4 Webers politische Soziologie gegen den Strich gelesen

4.1. Soziale Ordnungen und ihre Geltung

Weber setzt seine Soziologie auf der Ebene sinnhaften Handelns an. In Übereinstimmung mit dem methodologischen Individualismus versteht er (soziale) Ordnung als eine spezifische Orientierung handelnder Menschen. (Und nicht als ein ‚überindividuelles‘, von einzelnen Handlungen abgeleitetes Gebilde.) In den ‚Soziologischen Grundbegriffen‘ entwirft er ein analytisches Schema, demzufolge der Grad der Geltung einer Ordnung eine empirische Frage ist; die soziale Welt bewegt sich damit auf einem Kontinuum der ‚Geordnetheit‘. Ordnung ‚gilt‘ in dem Maße, wie die Chance besteht, dass Menschen ihr Handeln faktisch an Vorstellungen einer Ordnung orientieren; oder anders gewendet: wenn im sozialen Verkehr zwischen Akteuren wechselseitig stabile Erwartungen bestehen. Explizit die Paragraphen fünf, sechs und sieben der ‚Soziologischen Grundbegriffe‘ widmen sich dem Phänomen der Ordnung und ihrer Grundlagen. So bestimmt §5: *„Handeln, insbesondere soziales Handeln und wiederum insbesondere eine soziale Beziehung, können von Seiten der Beteiligten an der Vorstellung vom Bestehen einer legitimen Ordnung orientiert werden. Die Chance, daß dies tatsächlich geschieht, soll „Geltung“ der betreffenden Ordnung heißen.“* (Weber 1980, 16) Weber betrachtet zunächst nur legitime Ordnungen, da nur diesen die Chance auf einen dauerhaften Bestand zukommt.⁶ Umgekehrt bedeutet dies: Ordnungen ohne Legitimitätsgrundlage fehlt die Chance auf Dauerhaftigkeit und sind daher kein lohnender Gegenstand für die soziologische Analyse.

Dass sich faktisches Handeln an Ordnungen orientiert, kann auf verschiedenen Gründen beruhen. Weber zählt hierzu: den affektuellen Glauben, den wertrationalen Glauben, den Glauben an die Legalität gesetzter Regeln und die Interessenlage. (Gewalt findet dabei keinen Platz in Webers grundbegrifflicher Systematik.) Für den Grad der Geltung einer Ordnung kann auf unterschiedliche Weise gesorgt werden. Auf unterster Ebene steht das äußerliche Interesse, welches nur eine labile Grundlage für den dauerhaften Bestand einer Ordnung bietet, gefolgt von Sitte und Ein-

⁶ Dammayr et al. bestimmen Legitimität, ganz im Sinne Webers, wie folgt: „Der Begriff der Legitimität selbst meint im politisch-gesellschaftlichen Zusammenhang zunächst ganz allgemein das Vertrauen in die Rechtmäßigkeit einer bestehenden politischen Herrschaft oder sozialen Ordnung.“ (Dammayr et al. 2015, 9)

übung, wodurch die Macht der Gewohnheit im Alltag hinzutritt. Konventionen garantieren schließlich das Bestehen der Ordnung durch die Technik der Missbilligung eines unerwünschten Verhaltens; beim Recht – der letzten Stufe der Ordnungsbildung – hat sich ein Verwaltungsstab ausdifferenziert, der abweichendes Verhalten entsprechend ahnden kann. Derart verstandene Ordnungen lassen sich in allen Wertsphären feststellen, d.h. auf wirtschaftlichen, religiösen, verwandtschaftlichen und beliebigen anderen Gebieten. Für unsere Fragestellung interessieren im Folgenden die Fälle der politischen Ordnung und der Herrschaftsordnung.⁷

Sighard Neckel erinnert schließlich an die Erkenntnis Heinrich Popitz', dass jede Ordnung allein dadurch, dass sie eine Ordnung ist, den Beteiligten Sicherheit im Alltag bietet. Dies gilt gerade auch für nicht-legitime Ordnungen, also für solche, die nicht auf dem Legitimitätsglauben der ‚Geordneten‘ beruhen: *„Es ist das Perfide an Ordnungen, die auf keiner legitimen Geltung beruhen, dass selbst sie noch auf die elementare Bedeutung bauen können, die der Ordnungswert der Ordnung für die Menschen als Individuen und als Bürgerinnen und Bürger hat.“* (Neckel 2021, 645) Dies ist ein Punkt, den Weber so nicht in den Mittelpunkt gerückt hat: dass Ordnung die zentrale Funktion hat, einen Alltag zu strukturieren und für grundlegende Funktionen wie Nahrung und Sicherheit einen Rahmen zu bieten.

Ex ante-Betrachtung

Was bedeutet es, wenn die affektuellen, wertbezogenen, interessenhaften oder auf gesetzten Regeln bezogenen Grundlagen einer Ordnung (im Zuge grundlegender ökologischer Krisen) schwinden? Wenn Bindungen an Ordnungen sich lösen? Affektuell: das Nachlassen der affektuellen Bindungen mag dazu führen, dass die Nation immer weniger eine Quelle für Prestige und ein Wir-Gefühl darstellt. Weder im Vergleich zu anderen Nationen (alle kämpfen auf ihre Weise ums Überleben) noch auf dem symbolischen Feld (Sportveranstaltungen verlieren an Gewicht). Wertrational: hier wäre die Ersetzung (oder Schwerpunktverlagerung) diverser Werte vorstellbar: Demokratie vs. Überleben; Selbstbestimmung und Individualität vs. Familie als Schutzeinheit; Menschenrechte und offene Grenzen vs. Schutz des

⁷ Conrad Schetter gibt den wichtigen Hinweis, dass soziale Ordnung und Staatlichkeit nicht gleichzusetzen sind. Am Beispiel Afghanistans zeigt er auf, dass soziale Ordnung trotz Kriegen und Versuchen eines „state building“ über Jahrzehnte hinweg Bestand haben kann, nur auf eine für westliche Beobachter und Interventen ungewohnte Weise. (Schetter 2012)

Territoriums der politischen Gemeinschaft. Interessen: hier ist denkbar, dass an den Staat gerichtete materielle Interessen an Bedeutung verlieren (beispielsweise hinsichtlich des Ausbaus von Infrastruktur oder der sozialen Versorgung). Zur Legitimität formal gesetzter Regeln: Das persönliche Nutzenkalkül wird anders ausfallen, wenn man nicht mehr davon ausgehen kann, dass sich alle an einstmals geltende Regeln halten.

Was bei einem derartigen Auflösungsprozess von Ordnungen dann naheliegt, ist der Übergang von einer legitimen Ordnung zu einer illegitimen. Oben habe ich von einer steigenden Ordnungsbildung gesprochen, von einer zunehmenden Verbindlichkeit einer Ordnung und der Erwartbarkeit entsprechenden Handelns. Die Stufenfolge ging vom Interesse, über Sitte und Konvention hin zum Recht. Es wäre vielleicht zu schematisch gedacht, diese Kette einfach umzudrehen bzw. von rechts nach links zu lesen, im Sinne der Folge: der Verwaltungsstab einer Rechtsordnung löst sich auf und wir finden nur noch Konventionen vor; Missbilligungen bzgl. unliebsamen Verhaltens greifen immer weniger und es bleiben nur noch Sitten; diese verfallen und übrig bleiben reine Interessen. Realistischer scheint, dass alle sozialen Felder unter Druck geraten und ein Zerfall auf allen Ebenen einsetzt. Wenn dann eine Ordnung ihre Stabilität und Dauer verliert, ist eher ein Übergang zu Formen illegitimer Ordnungen zu erwarten, die nicht mehr auf einem Legitimitätsglauben ruhen. Dass den dann entstehenden Formen das Merkmal der Dauerhaftigkeit abgehen wird, steht auf einem anderen Blatt; Webers soziologische Kategorienlehre ist eben eine Typologie mit Blick auf die Entstehung von Ordnungen und nicht ihren Zerfall.

Weber gibt darüber hinaus den wichtigen Hinweis, dass aus Sicht der Handelnden nicht vom Bestehen nur einer einzigen Ordnung auszugehen ist. Orientierung erfolgt in der Regel an einer Vielzahl von Ordnungen, wobei sich Ziele, Handlungsmaximen etc. durchaus widersprechen können. (Weber 1980, 16ff.) In diesem Sinne mag es hier nicht nur um Auflösungsprozesse von Ordnungen im engeren Sinne gehen. Denkbar ist ebenfalls, dass neben wohlbekannte und etablierte Ordnungen weitere treten, die in Konkurrenz zu den einstmals herrschenden Verhältnissen treten. Neben die Steuererklärung tritt das Schutzgeld für die lokale Gang. Neben die Versorgung über Supermärkte treten Selbstversorgung und Schwarzmärkte. Neben die Nutzung von Kommunikationstechnologien zur Organisierung interregionaler Meetings tritt die Meidung längerer Reisen in nicht einschätzbare Gegenden. Dabei dürfte die Komplexität dieser parallelen Ordnungen nicht allzu hoch sein. Substantielle und dauerhafte Krisen werden der Herausbildung komplexer Ordnungen eher entgegenstehen.

Dieser kurze Durchgang zeigt, dass sich mit Webers Konzept sozialer Ordnung nicht nur Prozesse der Ordnungsbildung fassen lassen. Mit einem Blick auf den Übergang zu Formen illegitimer Ordnung, auf abnehmende Komplexität von Ordnungen und auf eine Pluralisierung hin zu lokalen Ordnungen lassen sich auch gegenläufige Prozesse in den Mittelpunkt rücken.

4.2. Herrschaft

Max Weber hat seine Herrschaftssoziologie – genau wie sein Konzept sozialer Ordnung – unabhängig von bestimmten gesellschaftlichen Feldern (in seiner Terminologie ‚Wertsphären‘) konzipiert. D.h. sie beschränkt sich nicht auf soziale Beziehungen auf dem Feld des Politischen; Herrschaftsverhältnisse lassen sich vielmehr auch auf dem Feld der Religion oder der Ökonomie feststellen. Als spezifische soziale Beziehung bezeichnet Herrschaft ein Verhältnis von Befehl und Gehorsam: *„Herrschaft soll heißen die Chance, für einen Befehl bestimmten Inhalts bei angebbaren Personen Gehorsam zu finden.“* (Weber 1980, 28) Die Grundlagen für ein solches Verhältnis sind vielfältig, von „dumpfer Gewöhnung“ bis zur Gewalt. Sitte im Sinne eingewöhnten und erwartbaren Handelns und Interesse können dabei wichtige Voraussetzungen einer Herrschaftsordnung sein; als Grundlage einer dauerhaften Beziehung taugen sie indes nicht. Hinzukommen muss ein spezifischer Legitimitätsanspruch der Herrschenden und -glaube der Beherrschten. Legitimität bedeutet vor allem ein Einverständnis der Beherrschten mit der Herrschaftsordnung. Folglich kreist Webers Herrschaftssoziologie um den Fall, dass ein spezifischer Legitimitäts-glaube Grundlage eines Herrschaftsverhältnisses ist. Hier unterscheidet er drei Fälle: den Glauben an die außergewöhnlichen und außeralltäglichen Fähigkeiten eines Menschen – charismatische Herrschaft; den Glauben an die Rechtmäßigkeit überkommener (schon immer so gewesener) Verhältnisse – traditionale Herrschaft; den Glauben an die Rechtmäßigkeit formal gesetzter Regeln – rationale Herrschaft.

Auch wenn die Lesart einer historischen Abfolge der Herrschaftstypen naheliegt, hat Weber seine Typologie nicht in diesem Sinne konzipiert, etwa gemäß der Folge: charismatische Herrschaft in vorgeschichtlicher Zeit, traditionale Herrschaft seit der neolithischen Revolution und schließlich rationale Herrschaft in der Moderne. Dies wäre ein zu grobes und schematisches Muster, um tragfähig zu sein. Vielmehr gilt, dass prinzipiell zu allen Zeiten alle Typen in verschiedenen Mischungsverhältnissen anzutreffen sind. Auch in modernen Bürokratien finden sich traditionale Elemente, traditionale Herrscher können über Charisma verfügen und charismatische Herrschaft tendiert zur Veralltäglichung. Wovon man jedoch ausgehen kann, ist eine

relative Dominanz rationaler Herrschaft in Form von Bürokratie und rationaler Staatsanstalt in der Moderne. Eine Parallele zum Konzept sozialer Ordnung ergibt sich, da auch die Geltung von Herrschaft, d.h. das Vorhandensein eines Legitimitätsglaubens, letztlich immer eine empirische Frage ist.

Was in Webers Herrschaftssoziologie nicht im Fokus stand, war die Erzeugung des Legitimitätsglaubens, d.h. die sozialpsychologischen Techniken der ‚Legitimitätsproduktion‘. Webers Typologie der Geltungsgründe von Herrschaft liefert keine Hinweise auf die Bedingungen, unter denen bestimmte Herrschaftsverhältnisse entstehen. (Breuer 1991, 26f.) Sie ignoriert somit die Frage nach der Soziogenese von Herrschaft. Analog gilt dies für das Gegenteil von Soziogenese, also den Verfall sozialer Ordnung. Folglich finden sich auch keine Ausführungen über das potentielle Stocken der Legitimitätsproduktion im Zuge gesellschaftlicher Krisen. Allerdings ließe sich auch formal-schematisch beim Legitimitätsglauben ansetzen und daran erinnern, dass dessen Geltung eben immer eine empirische Frage ist. Außerdem kommen Fragen der Legitimität von Herrschaftsordnungen gerade zu Zeiten gesellschaftlicher Krisen auf die Tagesordnung (vgl. Glaser 2015, 140). In folgender Ex-ante-Betrachtung gehe ich die drei Typen unter diesem Blickwinkel durch.

Ex ante-Betrachtung

Was kann Charisma in zu erwartenden Krisen bedeuten? Prinzipiell wurde die Bedeutung charismatischer Elemente in der Herrschaftsorganisation moderner Bürokratien immer mehr zurückgedrängt, so dass dem Charisma keine strukturbildende Wirkung mehr zukommt. (Breuer 1991, 215ff.) Unter Bedingungen einer voll etablierten und ausgebildeten Bürokratie ist Charisma nur noch in Nischen denkbar und wird schnell absorbiert. Analog steigen mit dem Zerfall dieser Ordnung die Chancen auf eine Renaissance solch charismatischer Elemente. Dennoch wird Charisma in der Bürokratie eher ein Randthema bleiben. Relevanter sind dagegen sicher populistische Führer auf nationaler Ebene. Aktuell stehen rechtspopulistische Führer wie Donald Trump oder Viktor Orban im anti-ökologischen Lager. Hier ist durchaus eine Entwicklung denkbar, der zur Folge ökologische Krisen, Ressourcenkonflikte und Migrationsbewegungen zu einem Zustrom im rechten Lager führen.

Aber auch unterhalb der Ebene der Nation sind Entwicklungen charismatischer Herrschaft denkbar. Wenn ‚Nation‘ ihre Bindekraft verliert, wenn gewohnte Ordnungen sich nur lokal aufrechterhalten lassen und ökonomische Interessen sich eher lokal durchsetzen lassen, mag sich ein neues ‚Wir‘ als gemeinschaftsbildende Instanz

auf regionaler Ebene herausbilden. Unterhalb der Ebene der Nation wären Verfechter von Segregation als Schöpfer solch eines neuen ‚Wir‘ denkbar; vor allem unter Bedingungen einer verschärften Migration, die die Identifikation mit einem Staatsvolk immer schwieriger machen wird.

Welche Entwicklungen sind mit Blick auf rationale Herrschaft denkbar? Hier kann man an Diskussionen anknüpfen, die im Kontext sozial-ökologischer Transformationsdebatten angestoßen wurden. So hat Elmar Altvater in seinem Buch „Das Ende des Kapitalismus wie wir ihn kennen“ vier Handlungslogiken unterschieden: Äquivalenz, Redistribution, Reziprozität und Solidarität. (Altvater 2006, 180ff.) Von besonderem Interesse ist hier die Logik der Redistribution, der Verteilung von Gütern durch eine zentrale, staatliche Instanz. Ganz auf dieser Ebene unterbreitet Ulrike Herrmann in ihrem „Das Ende des Kapitalismus“ einen Vorschlag, die britische Kriegswirtschaft ab 1939 als Vorbild für einen Übergang hin zu einer nachhaltigen Wirtschaft zu nehmen. (Herrmann 2022) Diese habe eine gelungene Kombination staatlicher Lenkung und privater Umsetzung realisiert. Einen ähnlichen Vergleich mit der (politischen) Situation in Kriegszeiten zieht Gwynne Dyer in seinem Buch „Climate Wars“, in dem er allerdings nicht einen Blick in die Vergangenheit wirft, sondern in die Zukunft. In einem Szenario für das Jahr 2055 für Großbritannien stellt er sich vor: *„British political culture also mutated as the crisis deepened, but not in the same direction; it just became more authoritarian. The rival political parties survived, but the demands of the emergency seemed to require an almost wartime level of collaboration between them, and fewer of the key policy decisions were debated publicly at all.“* (Dyer 2010, 186) Weber definiert rationale Herrschaft lediglich als Orientierung an formal gesetzten Regeln. Die Entwicklung hin zu einem rationierenden (Re-)Distributions-Staat als Antwort auf Ressourcenkonflikte und Versorgungsfragen wäre eine Möglichkeit künftiger Entwicklungen, die die Gestalt rationaler Herrschaft in wohl ungeahnter Richtung verändern würde.

Die Wirkung schwerwiegender ökologischer Krisen auf Herrschaftsordnungen muss also nicht automatisch Zerfall oder eine Rückkehr charismatischer Elemente bedeuten. Zumindest im Rahmen von Webers Typologie sind doch recht unterschiedliche Ausprägungen rationaler Herrschaft denkbar. Schwerer hätte es dagegen traditionale Herrschaft, da angesichts ökologischer Krisen die Zeit und die materielle Grundlage fehlen werden, um eine neue stabile Alltagsordnung zu etablieren. Denkt man traditionale Herrschaft also ausgehend von der Idee einer ‚schon immer so gewesenen‘ Ordnung, scheint ihr im Kontext ökologischer Krisen und der Heraus-

forderung etablierter Ordnungen keine große Zukunft beschieden zu sein. Umgekehrt stünden die Chancen, von traditional-patriarchalischen Verhältnissen ausgehend eine Entwicklung in Richtung rationaler Staatlichkeit anzustoßen, denkbar schlecht. Die Zeit von Klimakrisen wäre nicht mehr die Zeit von ‚state building‘ und ‚nation building‘.

Eine weitere Frage wäre, inwieweit der Legitimitätsglaube, wenn er schwindet, durch andere Grundlagen von Herrschaftsverhältnissen ersetzt werden kann. Es kämen dann die Faktoren zum Zug, die dem Legitimitätsglauben vorgelagert sind und denen wir bereits beim Zerfall legitimer Ordnungen begegnet sind: affektuelle Motive, ideelle Motive, Sitte und zweckrationale Interessen. Die Chance affektueller Motive für neue Ordnungsbildungen ist wohl eher gering einzuschätzen, analog zur Rolle des Charisma. Ähnlich liegt es hinsichtlich ideeller Motive, da Zeiten der Not und des Überlebens wenig Platz für Ideale lassen. Sitten wären ähnlich einzuschätzen, wie traditionale Herrschaft; es ist dann die Frage, wie die Chancen der Herausbildung neuer Alltagsordnungen stehen. Vielleicht haben zweckrationale, materielle Interessen am ehesten Chancen, in den Vordergrund zu rücken. Auf jeden Fall ist Webers Vermutung zuzustimmen, dass diese Faktoren lediglich zu labilen (Herrschafts-)Ordnungen führen werden.

Eine entscheidende Rolle in allen Formen der Herrschaftsordnung kommt schließlich dem Verwaltungsstab zu. In ‚Politik als Beruf‘ führt Weber aus, dass für diesen – neben dem Legitimitätsglauben – zwei weitere Faktoren dafür sorgen, dass er *„an den Gehorsam gegenüber dem Gewalthaber gekettet“* bleibt: das materielle Entgelt und die soziale Ehre. (Weber 1988b, 509) Bei beiden Faktoren wirken – aus der Perspektive einer ausgebildeten Staatlichkeit – Prozesse der Erosion plausibel. Die Bindung löst sich, wenn die Herrengewalt nicht mehr in der Lage ist, ihren Stab ausreichend zu entlohnen. (Polizisten haben dann ihre Nebeneinkünfte.⁸) Die Bindung löst sich ebenfalls, wenn die Arbeit für den Staat kein attraktives Ziel mehr für die Lebensplanung ist. (Eine kontinuierliche Erwerbsbiographie wäre nur noch bei Feuerwehr und Katastrophenschutz zu erwarten).

⁸ Eine schöne Schilderung entsprechender Verhältnisse findet sich in einem Aufsatz über die Polizeiorganisation in Buenos Aires und Mexiko-Stadt. (Braig & Stanley 2007)

4.3. Politische Gemeinschaften

Anders als die Herrschaftssoziologie stellt Webers Konzept politischer Gemeinschaften – wie er es im gleichnamigen Text dargelegt hat – die Monopolisierung physischer Gewaltsamkeit in den Mittelpunkt. (Weber, 2001, 200ff.) Damit ist ein Merkmal bezeichnet, um politische von anderen Gemeinschaften, etwa hierokratischen, zu unterscheiden. Monopolisierung ist dabei als Prozess gemeint und politischen Gemeinschaften kann in einer Langfristperspektive recht unterschiedliche Bedeutung zukommen.⁹ Weber unterscheidet Entwicklungsstadien, welche er an zwei Merkmalen festmacht: der faktischen Kontrolle über ein Territorium und dem faktischen Stand der Monopolisierung der physischen Gewaltsamkeit. Liest man seinen Text über ‚Politische Gemeinschaften‘ mit einer analytischen Brille, lassen sich vier solcher Entwicklungsstadien unterscheiden: (1) ein amorpher Zustand, (2) Gelegenheitsvergesellschaftungen, (3) dauerhafte Vergesellschaftungen und schließlich (4) dauerhafte Vergesellschaftung hin zu einer rationalen Staatsanstalt.

(1) Dem amorphen Zustand fehlen alle Formen dauerhafter Vergesellschaftung. Es fehlt die Kontrolle über ein Territorium; die Ausübung (legitimer) physischer Gewaltsamkeit ist an dezentrale Einheiten wie Sippen gebunden, etwa durch die Ausübung von Blutrache und Fehden. Politische und ökonomische Entwicklung können dabei auseinanderdriften: *„Noch bei relativ entwickelten Güterbesitzverhältnissen kann ein gesonderter politischer Verband und können selbst alle Organe eines solchen völlig fehlen.“* (Weber 1980, 519)

(2) Im nächsten Stadium treten zwei neue Phänomene auf. Zum einen die Formierung männerbündischer kriegerischer Gemeinschaften, die in ihrer Struktur und Lebensweise an Klostersgemeinschaften erinnern. (Man findet ein Noviziat nach dem Eintritt; nach der ‚Dienstzeit‘ folgt die Familienphase.) Zum anderen kommt es zu sporadischen kriegerischen Vergemeinschaftungen, vor allem zur Abwehr von Angriffen von außen: *„Aus der zunehmend rationalen Vorsorge für solche Fälle kann dann ein als spezifisch legitim angesehener politischer Verband erwachsen, sobald nämlich irgendwelche festen Gepflogenheiten [bestehen] und irgendein Verbandsapparat vorhanden ist, welcher sich für die Zwecke der Vorsorge für [eine]*

⁹ Diese Prozesshaftigkeit stützt dann auch die Aussage, dass Staatlichkeit immer eine graduelle Angelegenheit ist. Weber kann hier als ein Vorläufer der Position gesehen werden, die dem Begriff der Staatlichkeit den Vorzug gibt gegen über dem Staat (als ‚Zustandsbegriff‘) (vgl. Anter 2019).

gewaltsame Abwehr nach außen bereit hält.“ (Weber 1980, 517) Krieg wird jetzt mehr und mehr als ‚Beruf‘ gepflegt und in Form eines Zwangsapparates organisiert.

(3) Im dritten Stadium wird die kriegerische Vergemeinschaftung auf Dauer gestellt. Daneben gelingt es im Zuge längerdauernder Befriedung, männerbündische kriegerische Vergemeinschaftungen in einen übergreifenden Verband zu integrieren: *„Erst wenn die frei vergesellschaftete, neben und über den Alltagsordnungen stehende Kriegerschaft einem geordneten Dauerverband einer Gebietsgemeinschaft sozusagen wieder eingemeindet und dadurch der politische Verband geschaffen wird, attrahiert nun dieser und damit auch die privilegierte Stellung der Kriegerschaft eine spezifische Legitimität der Gewaltausübung.“* (Weber 1980, 518) Ein derart auf Dauer gestellter Verband unterdrückt damit erfolgreich private und lokale Gewaltbarkeit.

(4) Das letzte Stadium in Webers Schema fügt der dauerhaften Vergemeinschaftung vor allem das Merkmal eines rationalen Rechtssystems im Rahmen einer anstaltsmäßigen Ordnung hinzu. Blutrache und Fehde als einmalige Domänen einer Sippen-basierten Ordnung sind durch den Rechtsgang ersetzt. Die Pluralität von Rechtsgemeinschaften, wie sie im europäischen Mittelalter gegeben war, weicht dem umfassenden Rechtssystem des modernen Staates. Eine Brücke zur Herrschafts- und Staatssoziologie lässt sich insofern schlagen, als man nunmehr eine Dominanz rationaler Herrschaft, d.h. den Glauben an die Legitimität gesatzter Ordnung findet. *„Auf diesem Wege monopolisiert die politische Gemeinschaft die legitime Gewaltanwendung für ihren Zwangsapparat und verwandelt sich allmählich in eine Rechtsschutzanstalt.“* (Weber 1980, 519) Staat im Sinne einer rationalen Staatsanstalt mit einem Monopol auf die legitime physische Gewaltbarkeit ist damit ein modernes Entwicklungsprodukt, welches es in der Form vorher – historisch – nicht gegeben hat.¹⁰

Denkt man die Systematisierung etwas weiter, ist ein Vier-Felder-Schema mit den beiden Achsen hohe/niedrige Kontrolle über ein Territorium und hoher/niedriger Grad der Vergemeinschaftung vorstellbar. Die Beispiele in der Tabelle sind eher frei-assoziativ um der Illustration wegen gewählt und sind im Einzelfall sicher diskussionswürdig.

¹⁰ Noch im 19. Jahrhundert waren Polizeigewalt und Gerichtsbarkeit in Preußen zum Teil in Hand von Gutsherren (vgl. Anter 2001, 126f.).

Tab. 1: Systematik politischer Gemeinschaften nach Weber

Grad der Vergemein- schaftung	hoch	<u>historisches Beispiel:</u> Klöster <u>aktuelles Beispiel:</u> Mafia	<u>historisches Beispiel:</u> Römisches Reich <u>aktuelles Beispiel:</u> westliche Staaten
	niedrig	<u>historisches Beispiel:</u> Arabische Stämme vor Islamisierung <u>aktuelles Beispiel:</u> Landkommunen	<u>historisches Beispiel:</u> Heiliges Römisches Reich Deutscher Nation <u>aktuelles Beispiel:</u> Sudan, Somalia
		niedrig	hoch
		Kontrolle über ein Territorium	

Webers Ausführungen über Entwicklungsstadien politischer Vergemeinschaftungen sind nun auf zweierlei Weise zu verstehen. Zunächst ließe sich seine Methodologie idealtypischer Begriffsbildung festhalten. Unter den verschiedenen Stadien sind aus dieser Perspektive dann Typen der Vergesellschaftung zu verstehen, die sich zu verschiedenen Epochen auf jeweils verschiedene Weise feststellen lassen. Andererseits lesen sich die Ausführungen über ‚Politische Gemeinschaften‘ doch auch wie eine universalhistorische Abhandlung, die mit der rationalen Staatsanbahnung ein finales Stadium kennt. In diesem sind die beiden zentralen Merkmale politischer Vergemeinschaftung, das Monopol der legitimen physischen Gewaltsamkeit und die Kontrolle eines Territoriums auf die Spitze getrieben bzw. vollständig verwirklicht. Auf jeden Fall liegt Webers Konzept politischer Gemeinschaften die Vorstellung einer zunehmenden Ordnungsbildung bzw. einer abnehmenden (sozialen) Entropie zu Grunde.

Ex ante-Betrachtung

Eine fünfte Stufe als weiteres Entwicklungsstadium politischer Gemeinschaften ist eigentlich nicht mehr denkbar; es sei denn man löste sich von den Merkmalen der Territorialität und der physischen Gewaltsamkeit und verlässt damit das Feld politischer Vergemeinschaftung überhaupt. Vielleicht ist solches unter Bedingungen des Cyberspace, der Transhumanz und der möglichen Dominanz einer Super-Intelligenz tatsächlich bald möglich, dies mag hier aber dahingestellt bleiben. (Bostrom 2016)

Vorausgesetzt, dass Territorialität und physische Gewaltsamkeit weiterhin ihre Bedeutung für die Konstitution politischer Gemeinschaften behalten, sind unter den Auspizien ökologischer Katastrophen im Grunde nur Verfallsformen denkbar. Dies jedoch nicht in dem Sinne, dass von Stufe vier auf Stufe drei usw. zurückgegangen wird, und etwa die Blutrache als Ausdruck legitimer – nicht monopolisierter – physischer Gewaltsamkeit Auferstehung feiert. Dies käme einer Teleologie mit negativem Vorzeichen gleich. Zu erwarten ist eher, dass das, was Stufe vier im Kern ausmacht, immer löcheriger wird. Die tatsächliche Geltung einer (politischen) Gemeinschaft ist schließlich wiederum eine empirische Frage.

Der moderne Staat bestimmt sich Weber zufolge über die Kontrolle eines Territoriums und die Monopolisierung der legitimen physischen Gewaltsamkeit. Verfallsformen lassen sich genau daran festmachen. Mögliche Entwicklungen mögen in der territorialen Schrumpfung liegen oder umgekehrt im Wachsen sogenannter „grey zones“. Daneben – innerhalb eines Territoriums – im Schwinden des Gewaltmonopols, welches stets nur ein Punkt auf einem Kontinuum sein kann. Um zu einer Anschauung künftiger Möglichkeiten zu gelangen, ließen sich gegenwärtige Vergemeinschaftungsformen beobachten: Etwa Staaten des globalen Südens mit einem sehr relativen Gewaltmonopol, in denen die zentrale Herrschaftsgewalt kaum über die Hauptstadt hinausreicht (vgl. von Trotha 1995, 2000). Dies führte zu dem Paradoxon, dass Gewalt in der unmittelbaren Wahrnehmung des Alltags wieder sichtbarer und spürbarer wird, hingegen die Chance auf (großmaßstäbliche) staatliche Gewaltexzesse, wie sie aus der europäischen Geschichte des 20. Jahrhunderts hervorstechen, geringer wird.

Weber betont, neben dem Grad der Ordnungsbildung, einen weiteren Aspekt politischer Gemeinschaften. Diese seien immer auch gefühlte Gemeinschaften, sei es durch Sprache, Erinnerung an Kriege und eine eigene Geschichte. Nationales Prestige läuft heute vornehmlich über wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und politische Stabilität. Auf diesem Feld scheint es wahrscheinlich, dass eine gefühlte Gemeinschaft Schaden leidet, wenn unterschiedliche Gruppen im Angesicht grundlegender Krisen inkompatible Erzählungen über relevante gesellschaftliche Probleme und ihre Ursachen pflegen. Hierfür sind nicht einmal unterschiedliche ethnische oder religiöse Lager die notwendige Prämisse. Exemplarisch ist die tiefe Spaltung zwischen den zwei großen politischen Lagern in den USA, oder die Spannung zwischen rechtskonservativen Kräften und großstädtischen „woken“ Milieus in Europa. Im Falle einer Verschärfung ökologischer Krisen läge der gefühlte Bezugspunkt politischer Gemeinschaften dann auf einer niedrigeren Ebene als auf einer gemeinsamen

Nation.¹¹ Diese gründet eben nicht auf objektiven Faktoren (Sprache, Ethnie, ...), sondern trägt den Charakter einer „imagined community“. (Mommsen 2001, 305) Als eine solche wären ihre Chancen auf ein Bestehen in der Krise dann einzuschätzen.

5 Erwartbare Verläufe

Max Weber hat auf Basis seiner politischen Soziologie ein eigenes Zukunftsbild entworfen. Die moderne Welt seiner Zeit sah er durch zwei Entwicklungen gekennzeichnet: einen rationalen Kapitalismus und einen Staat, dessen Bürokratie sich in immer weitere gesellschaftliche Bereiche ausdehnt. Das Gegengewicht gegen eine immer umfassendere Bürokratisierung könne, aus seiner Sicht, nur in einer Stärkung unabhängiger Führungspersonen gesucht werden, welche sich durch eine Auslese jenseits des bürokratischen Prozesses bewährt hätten. In dieser Rolle sah Weber in erster Linie den Politiker und den Unternehmer. Indem diese zentralen Figuren gegenüber dem Uhrwerk des bürokratischen Apparats die Unruhe bilden, verhindern sie den Erstickungstod der Gesellschaft als ‚stahlhartem Gehäuse der Hörigkeit‘. In einer Ex-post-Analyse ließe sich diese Sicht der Dinge für ihre Einseitigkeit kritisieren; Weber hatte schließlich die Verhältnisse des Deutschen Kaiserreiches und des preußischen Staates vor Augen. Mit seinem Instrumentarium heutzutage einen Blick in die Zukunft zu werfen, kann nur zu anderen Ergebnissen führen.

Der Strom der Ereignisse ist seit dem Erscheinen von Webers Texten weitergezogen. Nach Webers eigenem Diktum wären heute (und mit Blick auf das 20. Jahrhundert) andere und weitere Begriffe notwendig. Was die Entstehung herrschaftlicher und politischer Ordnung angeht, wäre etwa an den Totalitarismus in seinem Verhältnis zur Staatlichkeit zu denken¹² oder an die Bildung suprastaatlicher Einheiten wie EU und UN. Vor dem Hintergrund, dass (in einer Ex-post-Betrachtung) mehr als

¹¹ Es scheint generell ein Merkmal ökologischer Krisen zu sein, dass sie, etwa im Gegensatz zu einem Krieg, eine gefühlte Gemeinschaft nicht zusammenschweißen, sondern eher spalten. Dies mag damit zusammenhängen, dass ein Blick auf Ursachen der Krise gesellschaftliche Basisinstitutionen in Frage stellen würde.

¹² Andreas Anter bringt dies folgendermaßen auf den Punkt: „Geht man von Webers Verständnis aus, dann kann man etwa die totalitären Herrschaftssysteme des 20. Jahrhunderts nicht umstandslos als Staaten bezeichnen. In der nationalsozialistischen, wie auch in der kommunistischen Praxis wurde das Gewaltmonopol durch eine Gewaltpolykratie ersetzt und damit auch der Staat abgeschafft.“ (Anter 2004, 203)

hundert Jahre zwischen der Gegenwart und Webers Texten stehen, wäre zu rekapitulieren, welche ganz unterschiedlichen politischen Vergesellschaftungen in dieser Zeitspanne allein in Deutschland realisiert wurden. Das 20. Jahrhundert bietet hier ein großes Portfolio. Das Kaiserreich hat Weber Anschauungsmaterial für seine Konzepte von Bürokratie und rationalem Staat geliefert. Die Weimarer Demokratie hatte von Anfang an mit grundlegenden Legitimationsdefiziten zu kämpfen. Der ‚charismatische Führerstaat‘ hat das Rationale des rationalen Staates auf seine Weise konterkariert. Das sozialistische Experiment kehrte feudale und traditionale Elemente der Bürokratie hervor. Die west- und später gesamtdeutsche Demokratie hat zumindest für einige Generationen eine stabile legitimatorische Grundlage geschaffen. Diese Skizze auf die jüngere deutsche Geschichte zeigt, wie variabel politische Ordnungen sein können; auch, wenn Kriege, gesellschaftspolitische Konzepte und Ideologien Anstoß der Änderung waren und nicht ökologische Krisen.

Um erwartbare Verläufe abzuschätzen lässt sich nun auch schematisch vorgehen mit dem Ziel, die beiden Konzepte der Staatlichkeit und der sozialen Ordnung miteinander zu kombinieren. Grundlage des Vorgehens mittels Kreuztabellierung ist der Gedanke, dass Staatlichkeit und soziale Ordnung weder synonym sind noch Hand in Hand gehen müssen (siehe Fußnote 7). So lassen sich vier Fälle unterscheiden:

Tab. 2: Staatlichkeit und soziale Ordnung

Staatlichkeit	hoch	<u>Beispiel:</u> (Re-)Distributionsstaat	<u>Beispiel:</u> westliches, modernes Staatsmodell
	niedrig	<u>Beispiel:</u> Webers „amorpher Zustand“	<u>Beispiel:</u> Afghanistan
		niedrig	hoch
		Grad sozialer Ordnung	

Über dieses Schema lässt sich verdeutlichen, dass der hier gewählte Ausgangspunkt das Feld rechts oben ist (hoher Grad an Staatlichkeit und hoher Grad sozialer Ordnung). Von hier aus lassen sich Transitionsprozesse in die anderen Felder identifizieren, die mit den oben herausgearbeiteten ‚erwartbaren Verläufen‘ kombiniert werden können. So würde eine Transition von rechts oben nach links oben bedeuten,

dass Staatlichkeit zwar bestehen bleibt, der Grad sozialer Ordnung aber abnimmt. Hier läge das Beispiel eines (Re-)Distributionsstaates nahe, welcher sich nicht mehr um die lokalen Details des Zusammenlebens kümmert. In der Transition nach rechts unten verfällt Staatlichkeit im westlichen Sinne, soziale Ordnung bleibt aber bestehen. Hier wären Prozesse der Regionalisierung plausibel, rein formal wäre hier eine (Re-)Traditionalisierung denkbar, für die aber – wie oben angedeutet – im Zuge des Wegbrechens ökologischer Grundlagen wohl die Zeit fehlte. Eine Transition nach links unten käme dann der vollständigen Auflösung gleich, hin zu Webers ‚amorphem Zustand‘.

6 Fazit

Den vorstehenden Überlegungen liegen keinen großen Tendenzen wie Bürokratisierung, Rationalisierung o.ä. zu Grunde.¹³ Ziel war es, tiefer anzusetzen und danach zu fragen, wo genau bei der Suche nach gesellschaftlichen Folgen ökologischer Krisen hinzublicken ist und welche Verläufe dort mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit zu erwarten sind. Dabei wiederholen sich beim Durchgang durch Webers politische Soziologie bestimmte Aspekte: so die Rolle der Nation und der gefühlten Gemeinschaft, die Perspektiven des Gewaltmonopols und der territorialen Kontrolle oder die Frage konkurrierender Ordnungen. Die Konzepte sozialer Ordnung, der Herrschaft und politischer Gemeinschaften weisen auf bestimmte (mögliche) Verläufe hin: auf das Schwinden des Legitimitätsglaubens und die abnehmende Komplexität von Ordnungen, auf die Chancen populistischer Führer und eines neuen Wir-Gefühls auf regionaler Ebene, auf die zunehmende Alltäglichkeit von Gewalt.

Genauso, wie es unzulässig ist, von ökologischen Krisen direkt auf bestimmte gesellschaftliche Wirkungen zu schließen, sollte es unzulässig sein, direkt auf gesellschaftlichen Kollaps oder Zusammenbruch als maximaler Wirkung zu schließen. Die hier versuchte Skizze hat aufgezeigt, welche vielfältigen Verläufe möglich sind unter der Voraussetzung, dass ein Verlust an Staatlichkeit nicht automatisch zu einem Verlust an sozialer Ordnung führen muss. Die Erwartbarkeit der hier skizzierten Verläufe ist eine Frage der spezifischen Bedingungen und Konstellationen, die in der Zukunft warten. Erwartbar sind die oben skizzierten möglichen Verläufe nicht in

¹³ Eine aktuelle Kritik dieser für die Soziologie so zentralen „...isierungen“ hat Wolfgang Knöbl in „Die Soziologie vor der Geschichte“ vorgelegt. (Knöbl, 2022)

einem deterministischen Sinne, sondern nur bei Vorliegen vieler singulärer und spezifischer Bedingungen. Diese festzustellen muss Aufgabe konkreter Analysen sein.

7 Literatur

- Altwater, E. (2006): Das Ende des Kapitalismus wie wir ihn kennen. Eine radikale Kapitalismuskritik. Westfälisches Dampfboot, Münster.
- Anter, A. (2019): Graduelle Staatlichkeit – Max Webers Idee der graduellen Staatlichkeit und ihre Bedeutung für die heutige Staatsforschung. In: Schuppert, G. F. (Hrsg.): Von Staat zu Staatlichkeit. Beiträge zu einer multidisziplinären Staatlichkeitswissenschaft. Nomos, Baden-Baden, S. 249-263.
- Anter, A. (2004): Die Macht der Ordnung. Aspekte einer Grundkategorie des Politischen. Mohr Siebeck, Tübingen.
- Anter, A. (2001): Von der politischen Gemeinschaft zum Anstaltsstaat. Das Monopol der legitimen Gewalt. In: Hanke, E., Mommsen, W. (Hrsg.): Max Webers Herrschaftssoziologie. Mohr Siebeck, Tübingen, S. 121-138.
- Bostrom, N. (2016): Superintelligenz. Szenarien einer kommenden Revolution. Suhrkamp, Frankfurt am Main.
- Braig, M., Stanley, R. (2007): Die Polizei – (k)ein Freund und Helfer? Die Governance der öffentlichen Sicherheit in Buenos Aires und Mexiko Stadt. In: Risse, T., Lehmkuhl, U. (Hrsg.): Regieren ohne Staat. Governance in Räumen begrenzter Staatlichkeit. Nomos, Baden-Baden, S. 223-243.
- Breuer, S. (1991): Max Webers Herrschaftssoziologie. Campus, Frankfurt am Main.
- Dammayr, M., Grass, D., Rothmüller, B. (Hrsg.) (2015): Legitimität. Gesellschaftliche, politische und wissenschaftliche Bruchlinien der Rechtfertigung. transcript, Bielefeld.
- Dyer, G. (2010): Climate Wars. The fight for survival as the world overheats. Oneworld Publications, New York / Oxford.
- Gerstengarbe, F.-W., Welzer H. (Hg.) (2013): Zwei Grad mehr in Deutschland. Wie der Klimawandel unseren Alltag verändern wird. S. Fischer, Frankfurt am Main.
- Glaser, K. (2015): Legitimität und Gehorsam. In: Dammayr, M. et al. (Hrsg.): Legitimität. transcript, Bielefeld, S. 135-150.
- Global Footprint Network (2024): Earth Overshoot Day. <https://www.footprintnetwork.org/our-work/earth-overshoot-day/>; Zugriff: 29.11.2024.
- Herrmann, U. (2022): Das Ende des Kapitalismus. Warum Wachstum und Klimaschutz nicht vereinbar sind – und wie wir in Zukunft leben werden. Kiepenheuer & Witsch, Köln.

- Hoyer, D. et al. (2023): Navigating polycrisis: long-run socio-cultural factors shape response to changing climate. In: *Philosophical Transactions of the Royal Society B*. <https://royalsocietypublishing.org/doi/10.1098/rstb.2022.0402>; Zugriff: 29.11.2024.
- IPCC (2021): Sixth Assessment Report. Climate Change 2021. The Physical Science Basis. Summary for Policymakers.
- Kant, I. (1998 [1781/1787]): Kritik der reinen Vernunft. Hamburg: Meiner.
- Kaven, C. (2022): Die »Große Transformation« als große Illusion? Über die Wahrscheinlichkeit des Notwendigen. In: *Leviathan*, Jg. 50, Heft 1, S. 68-89.
- Knöbl, W. (2022): Die Soziologie vor der Geschichte. Zur Kritik der Sozialtheorie. Suhrkamp, Berlin.
- Lambach, D., Johais, E., Bayer, M. (2016): Warum Staaten zusammenbrechen: Eine vergleichende Untersuchung der Ursachen von Staatskollaps. Springer VS, Wiesbaden.
- Mommsen, W. J. (2001): Politik im Vorfeld der »Hörigkeit der Zukunft«. Politische Aspekte der Herrschaftssoziologie Max Webers. In: Hanke, E., Mommsen, W. (Hrsg.): Max Webers Herrschaftssoziologie. Mohr Siebeck, Tübingen, S. 303-319.
- Neckel, S. (2021): Der Zerfall von Ordnungen. In: Forst, R., Günther, K. (Hrsg.): Normative Ordnungen. Suhrkamp, Berlin, S. 632-647.
- Raju, E., Boyd, E., Otto, F. (2022): Stop blaming the climate for disasters. In: *Communications Earth & Environment*, 3/1.
- Rahmsdorf, S. (2022): Klima und Wetter bei 3 Grad mehr. Eine Erde, wie wir sie nicht kennen (wollen). In: Wiegandt, K. (Hrsg.): 3 Grad mehr. oekom, München, S. 13-30.
- Reimer, N., Staud, T. (2021): Deutschland 2050. Wie der Klimawandel unser Leben verändern wird. Kiepenheuer & Witsch, Köln.
- Ripple, W. J. et al. (2024): The 2024 state of the climate report: Perilous times on planet earth. In: *BioScience*, 2024. <https://academic.oup.com/bioscience/advance-article/doi/10.1093/biosci/biae087/7808595>; Zugriff: 29.11.2024.
- Schetter, C. (2012): Krise, Katastrophe und soziale Ordnung: Der Bürgerkrieg in Afghanistan. In: Mergel, T. (Hrsg.): Krisen verstehen. Historische und kulturwissenschaftliche Annäherungen. Campus, Frankfurt am Main / New York, S. 99-116.
- Servigne, P., Stevens, R. (2020 [2015]): How Everything can Collapse. A Manual for our Times. Polity Press, Cambridge.
- Trotha, T. von (2000): Die Zukunft liegt in Afrika. Vom Zerfall des Staates, von der Vorherrschaft der konzentrischen Ordnung und vom Aufstieg der Parastaatlichkeit. In: *Leviathan*, Jg. 28, S. 253-279.
- Trotha, T. von (1995): Ordnungsformen der Gewalt oder Aussichten auf das Ende des staatlichen Gewaltmonopols. In: Nedelmann, B. (Hrsg.): Politische Institutionen im Wandel. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 35, S. 129-166.

- United Nations University (2023): Interconnected Disaster Risks: Risk Tipping Points. <https://interconnectedrisks.org/>; Zugriff: 29.11.2024.
- Weber, M. (2001): Gesamtausgabe, Abt.1, Bd. 22, Teilb. 1 Gemeinschaften. Mohr, Tübingen.
- Weber, M. (1988a [1922]): Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre. Mohr, Tübingen.
- Weber, M. (1988b [1921]): Gesammelte Politische Schriften. Mohr, Tübingen.
- Weber, M. (1980 [1920]): Wirtschaft und Gesellschaft: Grundriss der verstehenden Soziologie. Mohr, Tübingen.
- Welzer, H. (2014): Klimakriege. Wofür im 21. Jahrhundert getötet wird. S. Fischer, Frankfurt am Main.
- Zukunftsforum öffentliche Sicherheit (Hrsg.) (2020): Grünbuch 2020 zur Öffentlichen Sicherheit. <https://zoes-bund.de/gruenbuch/>; Zugriff: 29.11.2024.

Carsten Kaven: Freier Autor auf den Gebieten Historische Soziologie und sozial-ökologische Transformation. Lebt und arbeitet in Hamburg.

Email: c.kaven@gmx.net

Webseite: www.carsten-kaven.de

Lizenz

Jedermann darf dieses Werk unter den Bedingungen der Digital Peer Publishing Lizenz elektronisch übermitteln und zum Download bereitstellen. Der Lizenztext ist im Internet unter der Adresse:

http://www.dipp.nrw.de/lizenzen/dppl/dppl/DPPL_v2_de_06-2004.html abrufbar.

Empfohlene Zitierweise

Kaven, Carsten (2025): Webers Ordnungen und ihr Zerfall. Entwicklungstendenzen politischer Gemeinschaften im Angesicht ökologischer Krisen, In: Zeitschrift für Zukunftsforschung, 13, S. 4-28. <https://doi.org/10.63370/zfz.v13i1.48>

Bitte geben Sie beim Zitieren dieses Artikels die exakte URL und das Datum Ihres letzten Besuchs bei dieser Online-Adresse an.